



**Baden.
Berlin.
Verbinden.**

Inhalt:

Ärger mit der Post – Seite 1

**Besuch der HAURATON GmbH
– Seite 1-2**

**Kinder malten Weihnachtskarten
– Seite 2**

**Berlin, Berlin! Wir waren in Berlin
– Seite 2-3**

**Im Bundestag beschlossen
– Seite 3**

Klimapaket – Seite 3-4

**Neue Aufgaben für
Gabriele Katzmarek – Seite 5**

**Gefährlicher Bahnübergang
– Seite 5**

Alles Gute, Adi! – Seite 7

**SPD in der Verantwortung
– Seite 5-6**

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Wochen waren unglaublich spannend. Auf insgesamt 23 Regionalkonferenzen stellten sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorsitz den SPD-Mitgliedern vor. Von den anfangs 17 Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich sechs Duos dem Mitgliederentscheid. Wir Genossinnen und Genossen konnten uns zuvor auf den 23 Regionalkonferenzen deutschlandweit ein Bild von den Persönlichkeiten und politischen Ideen machen.

Am vergangenen Samstag (26. Oktober 2019) wurde nun das Ergebnis des Mitgliederentscheids verkündet. Die vom SPD-Parteivorstand im Juli 2019 beschlossenen Verfahrensrichtlinien verlangten, dass mindestens 20 Prozent der Mitglieder abstimmten. Das haben wir im ersten Wahlgang mit mehr als 50 Prozent erreicht.

Die meisten Stimmen erhielten Klara Geywitz und Olaf Scholz. Das zweitbeste Ergebnis bekamen Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Nun folgt die Stichwahl bis zum 29. November 2019 und am 6. Dezember 2019 wird dann der Parteivorstand auf dem SPD-Parteitag in Berlin gewählt. Es bleibt spannend!

Herzlich

Ärger mit der Post – ich bleibe dran!

Seit Spätsommer letzten Jahres beschäftige ich mich mit Beschwerden über verspätete bzw. nicht zugestellte Postsendungen in meinem Wahlkreis. Im Mai hatte ich deshalb zu einem Austausch zwischen dem Regionalen Politikbeauftragten der Deutschen Post AG Baden-Württemberg, Hubert Knecht, und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in mein Wahlkreisbüro nach Rastatt geladen. Zusammen mit den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern formulierte ich drei klare Forderungen an die Deutsche Post:

Die Deutsche Post muss:

1. **mehr Personal einstellen;**
2. **dieses Personal schulen und für die Arbeit in der Zustellung qualifizieren;**
3. **ein Krisenmanagement in der Region einrichten, welches aus echten Menschen besteht, die persönlich erreichbar und ansprechbar sind.**

Im Anschluss an das gemeinsame Gespräch habe ich das Angebot der Post gerne angenommen, alle bisher in meinem Büro eingegangenen Beschwerden zur zügigen Klärung weiterzuleiten. Die Antworten, die ich erhalten habe, waren meist stichwortartig, hastig und unsauber formuliert sowie in Gänze unbefriedigend. In Bezug auf die drei oben genannten Kernforderungen des Gesprächs, habe ich bisher keine Antwort erhalten.



Betroffene Bürgerinnen und Bürger hatten in meinem Wahlkreisbüro die Möglichkeit, direkt mit Herrn Knecht von der Deutschen Post zu sprechen.

Dies hat mich verärgert und enttäuscht, zumal ich Herrn Knecht zuvor dankbar für seinen Besuch und seine signalisierte Hilfsbereitschaft gewesen war.

Zur weiteren konstruktiven Klärung habe ich um einen Gesprächstermin mit dem zuständigen Niederlassungsleiter des Briefverteilzentrums in Karlsruhe gebeten. Dieser Wunsch wurde mir versagt, weshalb ich mich in einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post, Dr. Frank Appel, gewandt habe. Eine Antwort steht noch aus. Für mich ist klar, dass ich an der Sache dranbleibe, bis die Probleme gelöst sind.



Interessante Eindrücke in der Produktionshalle der Hauraton GmbH & Co. KG in Bietigheim.

Besuch der Hauraton GmbH in Rastatt

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Rita Schwarzelühr-Sutter, der SPD-Landtagsabgeordnete Jonas Weber und ich besuchten die Rastatter Firma Hauraton GmbH & Co. KG an ihrem Produktionssitz in Ötigheim. Hauraton hat eine Lösung zur Klärung von Regenwasser auf Sportplätzen. Damit kann auch Mikroplastik gefiltert werden.

Die EU plant eine Richtlinie zur Vermeidung von Mikroplastikgranulat in Kunstrasenplätzen. Ab 2022 soll Mikroplastik aus Gründen des Umweltschutzes europaweit reguliert werden.

Diese Ankündigung besorgt derzeit viele Sportvereine, die in Kunstrasenplätze investiert haben und nun fürchten, diese wieder zurückbauen zu müssen, weil auf ihnen Mikroplastikgranulat liegt.

„Der Rückbau von Kunstrasenplätzen wäre eine Katastrophe, dazu wird es nicht kommen“, beruhigte Rita Schwarzelühr-Sutter. „Die EU prüft derzeit, wie das umweltbelastende Mikroplastik in möglichst allen Bereichen unseres Lebens vermieden werden kann. Das ist gut und richtig, allerdings muss dabei verhältnismäßig und angemessen gehandelt werden, betonte die SPD-Politikerin.

Wir waren uns alle einig, dass gerade kleine Sportvereine nicht die Leidtragenden sein dürfen, sondern wir alles dafür tun müssen, unsere Vereine zu unterstützen, um den Sport in der Breite zu erhalten. Wir brauchen deshalb gute und vor allem bezahlbare Lösungen. Effektive Filtersysteme, die sich einfach einbauen lassen – und darüber hinaus helfen unser kostbares Wasser zu reinigen, um es mehr als einmal zu verwenden. Der intensive Austausch mit Unternehmen über technische Innovationen und Möglichkeiten ist daher ungemein wichtig.

Welches Motiv ziert meine diesjährige Weihnachtskarte?

Bei meiner Weihnachtskarten-Aktion konnten alle Bürgerinnen und Bürger abstimmen – online oder per Stimmzettel in meinem Wahlkreisbüro in der Museumstraße 5 in Rastatt.

Mit der Aktion möchte ich das beeindruckende Engagement von Bildungseinrichtungen würdigen und gleichzeitig den Fokus auf Hilfsprojekte legen. In diesem Jahr habe ich die Kinder des Scherer Kinder- und Familienzentrums ins Baden-Baden gebeten, Bilder für meine Weihnachtskarte zu entwerfen. Und ich freue mich sehr, dass die Kleinen so fleißig gemalt haben.

30 Motive wurden eingereicht. Ich finde alle Bilder klasse.



Die Motive der Kinder des Scherer Kinder- und Familienzentrums schmücken mein Wahlkreisbüro.

Leider passen sie nicht alle auf eine Weihnachtskarte. Deshalb bat ich um Ihre Wahl. Aber schon so viel: Das beliebteste Motiv wird meine diesjährige Weihnachtskarte zieren – verbunden mit einer Spendenaktion für ein gemeinnütziges Projekt. Anfang November gibt's die Auflösung!

Berlin, Berlin, Sie waren in Berlin!

Natürlich nicht zum Fußballspielen, sondern auf politischer Bildungsfahrt.



Die Berlin-Reisenden auf der Terrasse des Reichstags.

Das vielseitige Programm bot einen Besuch des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz, ein Informationsgespräch in der Landesvertretung von Baden-Württemberg, einen Besuch der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen, einen Vortrag auf der Besuchertribüne des

Parlaments im historischen Reichstagsgebäude inklusive Kuppelbesuch – sowie natürlich ein persönliches Gespräch mit mir.

Ich freue mich immer, Besuchergruppen aus der Heimat meinen Arbeitsalltag hier im fernen Berlin etwas näher bringen zu dürfen. Meine Woche ist gut durchgetaktet. Meist laufe ich von einem Termin zum anderen: Ich bin Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und seit kurzem auch Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. Ich führe viele Gespräche, nehme an Parlamentssitzungen, Arbeits- und Landesgruppensitzungen teil und besuche – zumeist abends – Veranstaltungen, um gut informiert und vernetzt zu bleiben. Ein so herzlicher Besuch aus Mittelbaden gebe ihr dabei immer einen extra Schub Kraft und Motivation, um die Arbeit beherzt fortzusetzen. Schön, dass Ihr da wart!

Im Deutschen Bundestag beschlossen: Meisterpflicht, Mindestvergütung für Azubis, Paketbotenschutz, und...und...und...

Meisterpflicht

Durch die Rückkehr zur Meisterpflicht in einigen Handwerksberufen haben wir ein weiteres wichtiges Vorhaben des Koalitionsvertrags umgesetzt. Zwölf Gewerke sollen rückvermeistert werden, u.a. die Fliesen-, Platten- und Mosaikleger sowie Parkett- und Estrichleger.



Gabriele Katzmarek redet im Deutschen Bundestag.

Gerade für die Auszubildenden trägt die Meisterpflicht dazu bei, die Qualität der Aus- und Weiterbildung sicherzustellen. Unser Ziel ist neben mehr Qualität für die Kundschaft mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung. Wir wollen als weiteren wichtigen Schritt die Tarifbindung im Handwerk stärken und sind dazu im Gespräch mit den Gewerkschaften und den Handwerksverbänden und machen Druck. Nur so können wir gute Arbeit und Attraktivität des Handwerks sichern.

Mindestvergütung für Azubis

Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Berufsausbildung haben wir endlich eine Mindestvergütung für Auszubildende eingeführt. Dagegen hat sich die CDU lange gesträubt! Die Vergütungshöhe steigt in Abhängigkeit vom Beginn der Ausbildung und dem Ausbildungsjahr an. Außerdem soll eine Teilzeitberufsausbildung für alle Azubis möglich werden. Am Vortag einer wichtigen Prüfung wird es einen zusätzlichen Lerntag geben. Und nach der Berufsschule müssen auch die über 18jährigen Azubis nicht mehr in den Betrieb.

Besserer Schutz für Paketboten

Die Arbeitsbedingungen in Teilen der Paketbranche sind nicht hinnehmbar. Auf Druck der SPD-Fraktion hat die Koalition der Ausbeutung von Paketzustellerinnen und Paketzustellern gesetzlich einen Riegel vorgeschoben. Paketdienstleister haften künftig dafür, wenn ihre Nachunternehmer Sozialversicherungsbeiträge nicht zahlen. Damit werden die Beschäftigten rechtzeitig vor Beginn des Weihnachtsgeschäfts besser geschützt und es entsteht mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Gut, dass die SPD in der Regierung ist!

Gelber Schein in Zukunft digital

Mit dem jetzt beschlossenen Bürokratien-entlastungsgesetzes führen wir einen digitalen Krankenschein ein, den der Arbeitgeber direkt bei der Krankenkasse abrufen kann – man

muss nicht mehr zum Briefkasten rennen. Die Wirtschaft, zum Beispiel das Hotelgewerbe, wird zudem bei papiernen Dokumentationspflichten und Statistik entlastet. Insgesamt sollen durch das Gesetz mehr als eine Milliarde Euro eingespart werden.

Wir tun was für den Klimaschutz!

Wir wollen dazu beitragen, die Erderwärmung zu begrenzen. Deshalb hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2030 über die Hälfte an Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 einzusparen. Diese Mammutaufgabe packt die Koalition mit dem Klimaschutzprogramm 2030 jetzt an.



Bundesumweltministerin Svenja Schulze trägt sich ins Goldene Buch der Stadt Rastatt ein.

Wir werden in den nächsten Jahren 50 Milliarden Euro dafür aufwenden. Bei dem Klimaschutzprogramm handelt es sich um ein umfassendes Maßnahmenpaket, das die Klimaziele verbindlich und überprüfbar macht, massiv in den Klimaschutz investiert, Innovationen fördert, gesetzliche Standards festlegt und dem Ausstoß von CO₂ einen Preis gibt. Dabei hat die SPD-Fraktion zum einen dafür gesorgt, dass Deutschland auch in Zukunft wirtschaftlich stark bleibt und Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Zum anderen war es uns besonders wichtig, dass das Paket sozial ausgewogen ist. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn alle Menschen in Deutschland sich das leisten können.

Das Klimaschutzgesetz schreibt die Klimaziele erstmals gesetzlich fest. Und ihre Einhaltung wird jährlich überprüft: Künftig soll in Abstimmung mit einem externen Expertenrat jährlich bewertet werden, ob die einzelnen Sektoren auf dem richtigen Weg sind. Wenn nicht, muss in dem jeweiligen Sektor mit einem Sofortprogramm nachgesteuert werden.

Wir schaffen Anreize, um den CO₂-Ausstoß zu verringern. Hinzu kommen höhere ökologische Standards. Prinzip: Klimaschonende Investitionen sollen gefördert, klimaschädliches Verhalten verhindert werden.

Im Einzelnen:

- **Bahnfahren** wird künftig billiger, da die Mehrwertsteuer auf Bahntickets von 19 auf sieben Prozent sinkt. Dumpingpreise im Flugverkehr sollen dagegen unterbunden werden. Außerdem wird der Bund mehr Geld für den Personennahverkehr in Kommunen bereitstellen und günstige ÖPNV-Jahrestickets fördern.
- Der Umstieg auf **Elektromobilität** soll durch eine weiterentwickelte Kaufprämie gefördert werden. Parallel dazu fördert der Bund den Ausbau der Ladeinfrastruktur: Bis 2030 soll es in Deutschland insgesamt 1 Millionen Ladepunkte für E-Fahrzeuge geben.
- Im **Gebäudesektor** setzen wir auf Förderung von Sanierung und den Austausch von alten Heizungen: Wer seine alte Ölheizung gegen ein klimafreundlicheres Modell auswechselt, soll mit bis zu 40 Prozent der Kosten gefördert werden. Gleichzeitig wird der Einbau neuer Ölheizungen ab 2026 nicht mehr gestattet. Dazu gibt es künftig eine steuerliche Förderung energetischer Sanierungen, auch bei kleinen Modernisierungen wie dem Einbau energiesparender Fenster

oder der Dämmung von Dächern und Außenwänden.

- Im **Energiesektor** plant die Koalition einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das Ziel: Bis 2030 sollen sie 65 Prozent unserer Stromproduktion ausmachen. Dafür werden Beschränkungen beim Ausbau der Photovoltaik aufgehoben und das Ausbauziel der Windenergie auf See angehoben.

Damit insbesondere Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen diesen Weg mitgehen können, plant die Koalition als Ausgleich für die CO2-Bepreisung umfassende **Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger**. Die Strompreise für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen ab 2021 sinken. Als Entlastung für höhere Spritpreise soll die **Pendlerpauschale** ab dem 21. Kilometer um fünf Cent pro Kilometer steigen. Die steigenden Heizkosten von Wohngeldbeziehern sollen über eine 10-prozentige **Erhöhung des Wohngeldes** ausgeglichen werden.

**Neue Aufgaben für Gabriele Katzmarek:
Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 24. September 2019 ihren Übergangschef Rolf Mützenich mit großer Mehrheit zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Rolf ist ein sehr sympathischer und äußerst erfahrener Sozialdemokrat. Ich freue mich, dass er unsere Arbeit im Bundestag in den nächsten zwei Jahren lenken wird.

Neben dem Fraktionsvorsitz wurden auch die geschäftsführenden Vorstände unserer Fraktion gewählt. Rolf Mützenich hatte mich für das Amt einer Parlamentarischen Geschäftsführerin vorgeschlagen.

Mir war es eine Ehre zu kandidieren und ich habe mich sehr über das Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen gefreut. Seitdem bin

ich zuständig für die rund 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion und die mehr als 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Bundestagsabgeordneten.



Der Geschäftsführende Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion am 24. September 2019.

Ich freue mich sehr über das Vertrauen in meine Person. Parlamentarische Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sind Mitglieder des geschäftsführenden Fraktionsvorstandes und gelten als Manager der Fraktionsgeschäfte. Außerdem sind sie Mitglieder im Ältestenrat des Deutschen Bundestages. Neben dem Personal bin ich nun auch für die Mitarbeiter- und die Baukommission sowie für Sicherheitsfragen im Ältestenrat des Deutschen Bundestages zuständig.

Gefährlicher Bahnübergang in Kleinsteinbach muss ertüchtigt werden

Bereits im Jahr 2006 ereignete sich der erste Unfall am Bahnübergang Kleinsteinbach. Daraufhin wurden die passierenden Züge zwar gedrosselt – dennoch kam es zu weiteren gefährlichen Vorfällen.

Der Bahnübergang wird nur durch eine Lampe und Halbschranken gesichert, die das Überqueren der Gleise nicht verhindern können. Die engagierten Genossinnen und Genossen vor Ort fordern deshalb zurecht eine Unterführung sowohl für Passantinnen und Passanten als auch für den Verkehr.



Bahnübergang in Kleinsteinbach/Pfinztal.

Dann könnten die Gleise sicher abgeriegelt – und weitere unnötige Unfälle vermieden werden. Bis die entsprechenden Anträge allerdings ihren Weg gegangen sind, braucht es eine gute Übergangslösung: Vollschraken und geschultes Wachpersonal der Deutschen Bahn wären ein Anfang!

Nach sechs Jahren: Alles Gute, Adi!

„Du wirst in den Bundestag gewählt und ich gehe nach Berlin, um Jura zu studieren.“ Das sagte mir Ademir Karamehmedovic aus Gaggenau im Jahre 2013. Mit beidem hatte er recht.



Gabriele Katzmarek und Adi Karamehmedovic.

Sechs Jahre hat er in meinem Berliner Bundestagsbüro als studentischer Mitarbeiter gearbeitet, zahlreiche Bürgerbriefe beantwortet, meine sozialen Medien gepflegt und mich bei meiner Arbeit unterstützt.

Wir haben oft und herzlich zusammen gelacht. Nun hat Adi sein Studium sehr erfolgreich beendet und widmet sich neuen Herausforderungen. Alles Gute, lieber Adi!

SPD in der Verantwortung

Liebe Leserinnen und Leser,

für die SPD stehen in den letzten Wochen des Jahres wichtige Entscheidungen an. Wir brauchen eine gute und dauerhafte Parteiführung, hinter der sich alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten solidarisch versammeln. Und wir müssen entscheiden, ob wir bis zum Jahr 2021 unserer Verantwortung für unser Land gerecht werden wollen. Für mich ist die Antwort klar: Es ist besser, in der Regierung zu gestalten als in der Opposition zu meckern.

Vor fast zwei Jahren, am 20. November 2017 scheiterten die Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU, FDP und GRÜNEN. Es war die SPD, die in die Bresche sprang. Weil es notwendig war. Seitdem haben wir viel für unser Land erreicht. Wir machen Politik für alle Menschen. Das erfordert Kompromisse. In den vergangenen Jahren haben wir viele große und kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht. Dabei hatten wir immer alle Menschen im Blick, das ganze Land. Ich will, dass die SPD weiter Verantwortung in der Regierung übernimmt – zum Wohle der Menschen.

Ganz herzlich,

Gabriele Katzmarek